

**Guten Tag,
liebe Leserinnen
und Leser,**

Unter dem Motto „Bildung besser gemeinsam“ hat die SPD in Niedersachsen



von Heinrich Aller, Mdl.

auf ihrem Parteitag in Wolfburg einstimmig ihr Bildungsprogramm beschlossen. Viele Experten aus Schule und Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften, freien Verbänden, den Kommunen – vor allem aber Eltern haben daran mitgearbeitet. Das Programm ist Chance und Herausforderung zugleich.

Das sieht inzwischen auch die Mehrheit der Lehrkräfte so, die sich für eine längere gemeinsame Beschulung ausspricht. Auch in Zukunft darf Schulerfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Chancengleichheit stellt das Kind in den Mittelpunkt: Von der frühkindlichen Betreuung in Krippen und Kindergärten, über die Grundschule, dem Weg über mehr „gemeinsame Schule“ und Ganztagsangeboten bis hin zu fairen Studien- und Berufschancen.

Dazu brauchen wir qualifiziertes und motiviertes Personal in den Einrichtungen und Schulen, die die Kinder von heute nicht mit einer Schule von gestern auf die Anforderungen von morgen vorbereiten. In meinem Wahlkreis Barsinghausen, Seelze und Gehrden möchte ich den Zukunftsdialog „Bildung besser gemeinsam“ mit allen Interessierten führen. Dazu lade ich Sie herzlich ein!



Ihr Heinrich Aller, Mdl

www.heinrich-aller.de

SPD-Gesetz im Landtag eingebracht: Aller: Gebührenfreies Kita-Jahr kann 2007 kommen

„Wir haben beraten und beschlossen, jetzt wird gehandelt!“ Mit diesen Worten stellte der SPD-Landtagsabgeordnete Heinrich Aller in seinem Wahlkreis Barsinghausen, Seelze und Gehrden das „Gesetz zur Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres“ vor, das die SPD für im Juni in den Landtag eingebracht hat.



Für die Kleinsten das Größte: Mehr Chancen durch frühe Förderung

Schon zum Beginn des Kindergartenjahres 2007/2008 soll das Gesetz in Kraft treten. „Das Gesetz ist bestechend einfach und seine Wirkung mit Sicherheit pädagogisch und familienpolitisch erfolgreich“, betont Aller. Mit dem Kita-Gesetz stellen wir den ersten Baustein unseres Wolfsburger Bildungsprogramms im Landtag zur Abstimmung.

Das Land wird danach für das erste oder dritte Kindergartenjahr die Elterngebühren übernehmen und den Trägern die entstehenden Einnahmeausfälle erstatten. Rund 90 Millionen werde die Übernahme der Kita-Gebühren für ein Kalenderjahr kosten. Finanziert werden können sie aus den prognostizierten Mehreinnahmen des Landes in Höhe von 628 Millionen, die vor allem aus der Anhebung der Mehrwertsteuer stammen.

„Wir ziehen die Konsequenzen aus PISA und Co: Danach muss bei uns vor allem die frühkindliche Erziehung und die vorschulische Bildung gestärkt werden. Wie wichtig der Kita-Besuch, Sprachförderung und gute Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen für den erfolgreichen Start der Kinder in der Schule sind, wissen Eltern, Erzieherinnen, Pädagoginnen und Pädagogen sehr genau,“ meint der SPD-Politiker. „Wir wollen nicht, dass gerade die

Schwächsten auf der Strecke bleiben. Mit der schrittweisen Abschaffung der Kindergartengebühren wollen wir erreichen, dass vor allem mehr einkommensschwache und Familien mit Migrationshintergrund ihre Kinder in eine Kita schicken.“

**BILDUNG IN NIEDERSACHSEN –
BESSER GEMEINSAM.**

Mehr zum Bildungsprogramm:

Sie wollen mehr über das Bildungsprogramm der niedersächsischen SPD erfahren? Gerne senden wir Ihnen umfangreiches Informationsmaterial zu. Wenden Sie sich einfach an das

Abgeordnetenbüro Heinrich Aller, Mdl
Odeonstraße 15/16 | 30159 Hannover
☎ 0511-1674-242 | info@heinrich-aller.de



**Neues Politquiz für den
Monat Juli!** Auf [www.](http://www.heinrich-aller.de)

www.heinrich-aller.de stellen wir auch dieses Mal eine knifflige Preisfrage. Soviel sei verraten: Alle, die sich für Feuerwehren interessieren, dürften gute Chancen haben. Unter allen Teilnehmer/innen wird ein Landtagsbesuch für 2 Personen verlost - dazu gibt es spannende Buchpreise zu gewinnen.

Zwei Seiten der selben Medaille: „Glokalisierung“ Die „große Politik“ braucht leistungsfähige Gemeinden



Sparen überall!? SPD-Abgeordneter Aller: „Klug sparen schafft Spielraum für Zukunftsinvestitionen“

Wieder dominieren Bundes- und Landespolitik die Medien. In Berlin sind es die Gesundheitsreform und die Föderalismusreform. Hartz IV soll überarbeitet werden. Die Unternehmenssteuerreform wird vorbereitet. Die Landesregierung will Signale setzen für die bevorstehende Landtagswahl 2007/2008. Es ist also die „große Politik“, die die Schlagzeilen beherrscht. Umgesetzt wird die Politik für die Menschen jedoch zu einem wesentlichen Teil in der Region, den Landkreisen, den Städten und Gemeinden. Deshalb ist es unverzichtbar, dass der Staat dafür sorgt, dass vor allem die Kommunen leistungsfähig aufgestellt und so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben solide finanzieren können.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist prekär. Das wissen alle. Viele Länderhaushalte sind verfassungswidrig, die Kassenkredite der niedersächsischen Kommunen haben einen neuen Höchststand erreicht. Auch Seelze hat über Jahre „Konsolidierungsprogramme“ beschließen müssen. Auf der einen Seite müssen Kürzungen beim Kommunalen Finanzausgleich hingenommen werden, um auf der anderen Seite Bedarfszuweisungen wegen extrem schwieriger Haushaltslage zu erhalten. Seelze steht nicht allein vor der Frage, wie künftig die öffentliche Daseinsvorsorge finanziert werden soll. Keine Frage: Wenn das Geld knapp ist, muss klug gespart werden, damit in wichtige Zukunftsaufgaben investiert werden kann.

Priorität für Bildung und Betreuung

Die SPD in Seelze macht es richtig. Sie setzt voll auf Bildung und Betreuung, auf Krippen, Kitas und gute Schulen. Mit der SPD im Land soll ab 2007 ein gebührenfreies Kita-Jahr für die Eltern Gesetz werden. So hilft das Land Familien mit Kindern und der Politik in den Kommunen. Der frühe Besuch von Kitas erleichtert Kindern den Start in die Grundschule. Das Ganztagsangebot ist überfällig. Gefordert ist deshalb auch die Landtagsmehrheit von CDU und FDP. Der Kultusminister hat bei der Umsetzung des Ganztagschulprogramms in Niedersachsen versagt.

Die Landesregierung bremst – noch – bei den Kita-Gebühren.



Ohne Sparkassen und Banken keine funktionierenden kommunalen Haushalte - ein Ergebnis des Expertengesprächs Volksbank und SPD

Investieren schafft Aufträge und Arbeit

Die Stadt investiert Millionen in die Schulsanierung. Das ist gleich doppelt richtig. Investitionen sorgen für Aufträge und schaffen Arbeitsplätze. Gute Schulen sind eine wichtige Voraussetzung für erfolgreichen Unterricht. In sechs Jahren wird die Wulff-Regierung den Kommunen jedoch 1 Milliarde aus dem Kommunalen Finanzausgleich gekürzt haben. Gleichzeitig liegt die Investitionsquote des Landes auf dem niedrigsten Stand im Bundesvergleich. Dringend notwendige Investitionen in Bau-

unterhaltung beim Hoch- und Tiefbau, im Straßenbau und in die Infrastruktur unterbleiben. So werden Probleme in die Zukunft verschoben und künftig teuer bezahlt.

Freiwillige Leistungen und Ehrenamt sichern Lebensqualität

Ohne Ehrenamt und ohne die so genannten freiwilligen Leistungen wären unsere Städte ärmer. Ob im Sport, im Sozialen, in der Kultur, bei den Freizeitangeboten könnte das Niveau der Lebensqualität nicht gehalten werden. Aber das Ehrenamt entlastet



Freiwillige Feuerwehren „vor Ort“ - ein Beispiel für unbezahlbare ehrenamtliche Daseinsvorsorge

den Etat der Stadt auch da, wo andernorts „Hauptamtliche“ tätig sind. Mit „Letter fit“ und in „Seelze-Süd“ werden neue Wege beschritten. Die Freiwilligen Feuerwehren garantieren Sicherheit und helfen, wenn man sie braucht. Die HGS setzt sich für Handel und Gewerbe ein und ist teil der Wirtschaftsförderung in und für die Stadt. Die Ansätze für eine bessere Zusammenarbeit müssen ausgebaut werden.

Ohne kommunales Engagement funktioniert Politik nicht

Es ist ein Irrtum, wenn man denkt die „großen Themen“ spielen „vor Ort“ keine Rolle. Es wird Aufgabe nicht nur der Parteien sein, sich der Auswirkungen von „demographischer Entwicklung, Europäisierung und Globalisierung von Politik, Migration und Integration...“ anzunehmen. Es klingt paradox, aber der Begriff „Glokalisierung“ beschreibt, die „große Politik“ und das praktische Handeln „vor Ort“ Immer stärker miteinander verbunden sind. Teilnahme an Wahlen ist deshalb Pflicht. Mitwirken an politischen Entscheidungsprozessen zwischen den Wahlen demokratische Verpflichtung.